

Antrag

der Abg. Viktoria Schmid u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Radikale Kürzung der Lehrerstellen an beruflichen Schulen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob es zutrifft, dass im Hauptausschreibungsverfahren für die rund 320 beruflichen Schulen in Baden-Württemberg derzeit lediglich 60 Stellen vorgesehen sind;
2. wie die beruflichen Schulen in einer so unsicheren Einstellungssituation ihre Klassen planen bzw. ein verlässliches Aufnahmeverfahren für Bewerberinnen und Bewerber gestalten sollen;
3. bis wann die beruflichen Schulen spätestens verbindlich erfahren werden, in welcher Anzahl ihnen zum kommenden Schuljahr Lehrkräfte zur Verfügung stehen werden;
4. was sie unternommen wird, damit insbesondere kleine Schulen wegen der fehlenden Lehrkräfte im beruflichen Schulbereich nicht ihr spezifisches Bildungsangebot reduzieren müssen und wie sie in dem Zusammenhang das grundlegende Ziel der Enquetekommission bewertet, die duale Ausbildung flächendeckend zu erhalten;
5. wie sie den angekündigten weiteren Ausbau der beruflichen Gymnasien des drei- bzw. sechsjährigen Bildungsgangs realisieren will, wenn sie gleichzeitig die Anzahl der notwendigen Lehrkräfte in den beruflichen Schulen kürzt und inwieweit das Ziel, einen Rechtsanspruch für Realschüler auf einen Schulplatz am beruflichen Gymnasium unter diesen Voraussetzungen noch verwirklichtbar ist;

6. wie sie der Entwicklung entgegenwirken will, dass es im Zuge der vorgesehenen Kürzung von Lehrerstellen an den beruflichen Schulen zu Schließungen von kleinen Klassen bzw. spezifischer berufsbildender Angebote kommt;
7. wie sie das Ergebnis der vom Berufsschullehrerverband in Auftrag gegebenen Studie bewertet, nach dem es keinen Rückgang der Schülerzahlen an beruflichen Vollzeitschulen geben wird;
8. ob sie auch für das Schuljahr 2012/2013 beabsichtigt, Quereinsteiger bzw. Direkteinsteiger für den Schuldienst an den beruflichen Schulen zu gewinnen;
9. in welchen Schritten sie den Abbau des strukturellen Versorgungsdefizits plant und ob sie das Minderheitenvotum der GRÜNEN und der SPD in der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ (vgl. Drucksache 14/7400) umsetzen wird;
10. wie sie auf die Bildung von kleinen Klassen an den Berufsschulen reagieren wird und ob sie eine Konzentration von diesen Klassen plant, um eine ausreichende Lehrerversorgung zu erreichen.

20.03.2012

Viktoria Schmid, Wacker, Schebesta, Traub, Wald CDU

Begründung

Im Abschlussbericht der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ (Drucksache 14/7400) haben die heutigen Regierungsfractionen ein gemeinsames Minderheitenvotum formuliert, in dem sie für den Bereich der beruflichen Schulen fordern, dass in den nächsten drei Jahren jährlich 400 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen seien. Laut einer Pressemitteilung des Berufsschullehrerverbands Baden-Württemberg vom 16. März 2012 wird es stattdessen zu radikalen Kürzungen im Bereich der beruflichen Schulen im Schuljahr 2012/2013 kommen.

Die sogenannte Februarausschreibung war bislang für die Lehrgewinnung der beruflichen Schulen sehr wichtig. Gerade Standorte im ländlichen Raum konnten hier früh grundständig ausgebildete Lehrkräfte sowie Quer- bzw. Direkteinsteigern gewinnen. Im Zuge der Februareinstellung 2012 konnten die beruflichen Schulen lediglich 25 der insgesamt 150 Stellen ausschreiben. Inwieweit das spätere Listenverfahren dies ausgleichen kann, bleibt äußerst fraglich.

Der CDU-Landtagsfraktion gibt diese Einstellungssituation Anlass zur Sorge für die beruflichen Schulen. Sie sieht durch das Handeln von Grün/Rot insbesondere die Umsetzung der Enquetebeschlüsse gefährdet, mit denen die beruflichen Schulen „fit für die Zukunft“ gemacht werden sollten. Nur wenn die Unterrichtsversorgung gesichert ist, können die weiterreichenden Verbesserungsmaßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden

Hier ist ganz klar der Anfang einer Entwicklung erkennbar, die sogenannte Gemeinschaftsschule mit Ressourcen besser auszustatten und so auch die beruflichen Schulen klar zu benachteiligen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 12. April 2012 Nr. 22-6742.2/521 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. ob es zutrifft, dass im Hauptausschreibungsverfahren für die rund 320 beruflichen Schulen in Baden-Württemberg derzeit lediglich 60 Stellen vorgesehen sind;

Im Zuge der Lehrereinstellung 2012 wurden für das Hauptausschreibungsverfahren der beruflichen Schulen vom 30. März bis 13. April 2012 landesweit 60 Deputate freigegeben, davon 10 Deputate zweckgebunden für den Ausbau der Erzieherausbildung. Hintergrund dieses bislang vergleichsweise geringen Kontingents ist einerseits, dass die Zahl der frei werdenden Stellen noch nicht feststeht, und andererseits, dass im Gegensatz zum letzten Schuljahr im Haushalt 2012 – insbesondere aufgrund des fortschreitenden Schülerrückgangs – keine Neustellen vorgesehen sind. Hinzu kommt, dass das Kultusministerium aufgrund der gegebenen Unsicherheiten und einer derzeit noch unklaren Datenlage bei der Ressourcenfeinplanung für das Schuljahr 2012/2013 auf Sicht fahren muss.

Deshalb konnte ein zu erwartendes Gesamteinstellungskontingent den Schulen bisher ebenfalls noch nicht in Aussicht gestellt werden. Abschließende Entscheidungen werden erst im Mai/Juni möglich sein, wenn die relevanten Entwicklungen (z.B. geänderte Schülerströme infolge Neugestaltung der Werkrealschule, Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung, Auswertung der stellenwirksamen Änderungsmeldungen der Lehrkräfte etc.) ein klareres Bild erlauben.

2. wie die beruflichen Schulen in einer so unsicheren Einstellungssituation ihre Klassen planen bzw. ein verlässliches Aufnahmeverfahren für Bewerberinnen und Bewerber gestalten sollen;

Für die Unterrichtsplanung im Schuljahr 2012/2013 gelten die Regelungen der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zur Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsorganisation (sogenannter Organisationserlass).

3. bis wann die beruflichen Schulen spätestens verbindlich erfahren werden, in welcher Anzahl ihnen zum kommenden Schuljahr Lehrkräfte zur Verfügung stehen werden;

Die genaue Zuweisung von Lehrerressourcen kann erst dann erfolgen, wenn die Bedarfszahlen aus den Lehrerberichten für die allgemein bildenden Schulen sowie eine Auswertung der zum Schuljahr 2012/2013 freien und besetzbaren Stellen vorliegen.

4. was sie unternommen wird, damit insbesondere kleine Schulen wegen der fehlenden Lehrkräfte im beruflichen Schulbereich nicht ihr spezifisches Bildungsangebot reduzieren müssen und wie sie in dem Zusammenhang das grundlegende Ziel der Enquetekommission bewertet, die duale Ausbildung flächendeckend zu erhalten;

5. wie sie den angekündigten weiteren Ausbau der beruflichen Gymnasien des drei- bzw. sechsjährigen Bildungsgangs realisieren will, wenn sie gleichzeitig die Anzahl der notwendigen Lehrkräfte in den beruflichen Schulen kürzt und inwieweit das Ziel, einen Rechtsanspruch für Realschüler auf einen Schulplatz am beruflichen Gymnasium unter diesen Voraussetzungen noch verwirklichtbar ist;

6. *wie sie der Entwicklung entgegenwirken will, dass es im Zuge der vorgesehenen Kürzung von Lehrerstellen an den beruflichen Schulen zu Schließungen von kleinen Klassen bzw. spezifischer berufsbildender Angebote kommt;*
9. *in welchen Schritten sie den Abbau des strukturellen Versorgungsdefizits plant und ob sie das Minderheitenvotum der GRÜNEN und der SPD in der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ (vgl. Drucksache 14/7400) umsetzen wird;*
10. *wie sie auf die Bildung von kleinen Klassen an den Berufsschulen reagieren wird und ob sie eine Konzentration von diesen Klassen plant, um eine ausreichende Lehrerversorgung zu erreichen;*

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen keine validen Daten vor, die eine zuverlässige Ressourcenplanung für das Schuljahr 2012/2013 ermöglichen. Unsicherheiten bestehen insbesondere hinsichtlich des Übergangsverhaltens von Grundschulern auf weiterführende Schulen sowie hinsichtlich des Schulwahlverhaltens an Werkrealschulen nach Abschluss der Klassenstufe 9. Das Kultusministerium fährt deshalb in der Ressourcenfeinstuerung auf Sicht, um dann flexibel und bedarfsgerecht reagieren zu können, wenn die benötigten Informationen vorliegen.

Grundsätzlich ist es so, dass im Schuljahr 2012/2013 für den Schulbereich keine Neustellen zur Verfügung stehen werden. Die aus dem Schülerzahlrückgang resultierende demografische Rendite kann aber im Schulbereich verbleiben. Nach derzeitigem Planungsstand wird die rechnerische demografische Rendite ausreichen, um im kommenden Schuljahr wichtige bildungspolitische Maßnahmen (z.B. Ausbau berufliche Gymnasien und Erzieherausbildung, Umsetzung von Empfehlungen der Enquetekommission) zu finanzieren, sodass eine Schließung von Bildungsgängen aus diesem Grund nicht erforderlich sein wird.

Im Schuljahr 2011/2012 ist es gelungen, den rechnerischen Fehlstundenanteil im wissenschaftlichen und fachpraktischen Unterricht an den öffentlichen beruflichen Schulen im Geschäftsbereich des Kultusministeriums erneut, und zwar von 4,4% im Vorjahr auf 4,1% der Sollstunden, zu senken. Das Kultusministerium steht vor der Herausforderung, die Finanzierung bildungspolitischer Maßnahmen (Abbau des rechnerischen Fehlstundenanteils, Abbau des Regelstundenmaßausgleichs, Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ etc.) mit den angestrebten Zielen eines bis 2020 strukturell ausgeglichenen Haushalts und dem Erhalt eines wohnortnahen Bildungsangebots in Einklang zu bringen. Dies wird erschwert durch die Hypothek aus nicht durchfinanzierten Maßnahmen der Vorgängerregierung, insbesondere die ab 2013 nicht finanzierten 3.554 Stellen aus der Qualitätsoffensive Bildung. Die Landesregierung wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen einen für alle Interessengruppen akzeptablen Weg finden.

7. *wie sie das Ergebnis der vom Berufschullehrerverband in Auftrag gegebenen Studie bewertet, nach dem es keinen Rückgang der Schülerzahlen an beruflichen Vollzeitschulen geben wird;*

Die Bedarfsplanung des Kultusministeriums basiert unter anderem auf den regelmäßig aktualisierten Schülerzahlvorausrechnungen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg. Die aktuelle Version der Schülerzahlvorausrechnung wurde auf Basis der Ist-Werte des Schuljahres 2008/2009 erstellt und im Januar 2010 veröffentlicht. Dieser Vorausrechnung zufolge wird die Schülerzahl sowohl an den Teilzeit- als auch an den Vollzeitschulen in den kommenden Jahren weiter zurückgehen. Natürlich unterliegt die Schülerzahlvorausrechnung wie jede Vorausrechnung gewissen Unsicherheiten. Im Einzelnen stellt sich die prognostizierte Veränderung der Schülerzahl an den öffentlichen beruflichen Schulen im Geschäftsbereich des Kultusministeriums für ausgewählte Schuljahre gegenüber dem Ist-Stand des Schuljahres 2011/2012 wie folgt dar:

Schuljahr	Öffentliche berufliche KM-Schulen zusammen	davon	
		Teilzeitschulen	Vollzeitschulen
Schülerzahl			
2011/12 ¹⁾	362.061	195.839	166.222
Progn. Veränderung im Vergleich zum Schuljahr 2011/12 ²⁾			
2012/13	- 20 200	- 5 200	- 14 900
2015/16	- 30 900	- 12 900	- 17 900
2020/21	- 70 900	- 34 300	- 36 500
2025/26	- 96 600	- 51 000	- 45 500
2030/31	- 105 500	- 56 200	- 49 200

¹⁾ Ist-Werte.

²⁾ Datenbasis: Schülerzahlvorausrechnung vom Januar 2010, gerundete Werte. – Rundungsdifferenzen.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

8. ob sie auch für das Schuljahr 2012/2013 beabsichtigt, Quereinsteiger bzw. Direkteinsteiger für den Schuldienst an den beruflichen Schulen zu gewinnen.

Bei der Lehrereinstellung werden vorrangig Absolventen des beruflichen Vorbereitungsdienstes eingestellt, da diese Zielgruppe grundständig für das berufliche Lehramt ausgebildet und damit optimal für den beruflichen Schuldienst qualifiziert ist.

In einigen Mangelbereichen – wie z. B. Maschinenbau – wird jedoch unter Umständen der Lehrerberuf nicht in jedem Fall durch Laufbahnbewerber abgedeckt werden können. Deshalb wird es auch im Schuljahr 2012/2013 möglich sein, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Lehrerstellen qualifizierte, berufserfahrene Direkteinsteiger aus der Wirtschaft in den beruflichen Schuldienst einzustellen.

Warminski-Leitheußer

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport